

Auer Tageblatt

Verlegungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Anzeigen entgegen. - Erhalten wertigste Fernsprech - Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus der Umgebung des Erzgebirges, auswärts Anzeigen 40 Goldmarken, Reichs- und Provinzial-Anzeigen 50 Goldmarken, sämtliche Zeilen 25 Goldmarken.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 150

Montag, den 30. Juni 1924

19. Jahrgang

Die unbestriedigende neue Besoldungsregelung.

Von Postrat. O. Deltus.

Große Erbitterung, deren Berechtigung nicht abgelehnt werden kann, geht durch die Reihen der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen. Eine Finanzbucrocratie, die den Beweis der Weltfremdheit leider nicht zum ersten Male erbracht hat, bemühte die ihr vom Reichstage unvorhergesehen gegebene Vollmacht zur selbständigen Vornahme von Besoldungsangelegenheiten, um entgegen der bisherigen Quittung des Reichstages eine starke Erhöhung der Gehälter der oberen Besoldungsgruppen, insbesondere der Gruppe 13 (Ministerialbeamteten) vorzunehmen, ohne gleichzeitig die geringstbesoldeten Beamten entsprechend zu bedenken. Ein solches Vorgehen verriet eine Mißachtung der Empfindungen aller sozialdenkenden Menschen.

Man sieht aber die schlechte finanzielle und wirtschaftliche Lage und muß einseitig feststellen, daß die Steuerlast fast unermesslich, jedenfalls ein weiteres Anziehen der Steuerlast vorläufig unmöglich ist. Ausgerechnet in einem solchen Augenblick die Verrücktheit einer so ungewöhnlichen Besoldungspolitik. Die Tatsache, daß die Beamten der oberen Besoldungsgruppen auch jetzt nach dieser Erhöhung noch keineswegs zu hoch besoldet sind, soll dabei ohne weiteres festgestellt werden. Aber in einer so traurigen wirtschaftlichen Lage wie der unseren ist es eine glatte Selbstverständlichkeit, daß man solche Ausgleichs nicht sprunghaft vornehmen kann, ohne dafür Sorge zu haben, daß dem größten Teile der Beamten erst einmal die Lebensgrundlage gegeben wird. Wenn schon das Einkommen der oberen Besoldungsgruppen zu starken Einschränkungen zwingt, wie viel mehr nach war die Bezahlung in den mittleren mangelhaft und in den unteren Gruppen völlig unzureichend. Ein großer Teil der Ausgaben der Beamten ist für die Ernährung nötig. Und selbst, wenn man hier die amtlichen Erziehungsziffern sprechen läßt, die gewisse Unterschiede in der Ernährung machen, so rechtfertigen diese Zahlen keineswegs solche Spannungen in den Gehältern. Es ist im Hinblick, den Entbehrungsfaktor gleichmäßig bei allen Einkommen anlegen zu wollen. Wer ein größeres Einkommen bezieht, kann natürlich viel eher die unbedingt notwendigen Bedürfnisse bestreiten, als der, welcher mit wenigen Mitteln den gesamten Unterhalt zu bestreiten hat.

Die Regierung operiert damit, daß ein Teil der Beamten der unteren Besoldungsgruppen bereits die Friedensgehälter überschritten habe. Nominal trifft das in gewissem Umfange zu. Wird aber das Realeinkommen zum Vergleich herangezogen, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Denn nicht das Einkommen bei der um mindestens 30 bis 40 Prozent höheren Preisgestaltung gegenüber dem Friedensstande erheblich hinter dem Friedensgehalt zurück. Dabei muß besonders unterstrichen werden, daß die Gehälter der Vorkriegszeit in den unteren Gruppen gegenüber den oberen geradezu lächerlich bemessen waren, jedenfalls so, daß von einem menschenwürdigen Dasein vielfach nicht gesprochen werden konnte. Gewiß, die Beträge für die oberen Besoldungsgruppen sollen finanziell nicht so stark ins Gewicht, aber die sich daraus ergebenden Forderungen bedeuten bei gerechter Durchsicht eine Erfüllung des Gleichgewichtes im Reichshaushalt. Eine verantwortungsbewusste Finanzverwaltung hätte danach handeln müssen. Das Ziel, die Besoldung der höheren Beamten angemessen zu erhöhen, wäre viel besser erreicht worden, wenn man das etappenweise getan hätte. Aber wenn jetzt die Erhöhung bei der Gruppe 13, die immer als Vergleichsgruppe zu den unteren und mittleren Gruppen gilt, bis zu 71, bei Gruppe 3 aber nur 17, bei den mittleren 45,8 bis 50,4 Prozent beträgt, so ist das untragbar. Die Beamten können sich mit einer solchen Regelung nicht abfinden. Freilich wäre entschieden darüber zu woenen, daß nun die Angehörigen der unteren und mittleren Gruppen in eine scharfe Kompensation gegenüber den höheren Gruppen treten. Von einer Herabsetzung der Gehälter der oberen Besoldungsgruppen haben die anderen nicht die geringsten Vorstellungen. Die oberen Gruppen erhalten nicht zu viel, sondern die unteren und mittleren zu wenig. Die Interessenvertretung der höheren Beamten kann viel dazu tun, die Gegensätze auszugleichen, wenn sie weniger ihr Augenmerk auf die Spannungen als auf eine gerechte ausgleichende Besoldung richtet. Nebenbei ist die Regelung für die oberen Gruppen insofern auch keineswegs ideal, als die Spannung für Gruppe 13 gegenüber den anderen Gruppen viel zu groß und auch sachlich nicht gerechtfertigt ist. Hier müssen bei einer grundlegenden Besoldungsreform Ausgleichs stattfinden.

Die vom Reichstage gutgeheißene geringe Aufbesserung wie die Erregung innerhalb der Beamten nicht dämmern. Deshalb sollte man sich auch in Regierungskreisen darüber klar sein, daß es sich hier nur um eine kurze Übergangszeit handeln kann. Das Finanzministerium hat geradezu katastrophale Verhältnisse heraufbeschworen. Die Beamtenchaft ist im höchsten Maße verärgert, in ihr besteht eine Erregung, wie sie schlimmer noch niemals vorhanden war. Das einträgliche Zusammenarbeiten aller Beamtenchaften ist auf-

Erhebende Kundgebung der deutschen Bürgerschaft gegen die Kriegsschuldfrage.

Gegen die in der Geschichte aller Zeiten und Völker beispiellos dastehende Ungeheuerlichkeit, ein Millionenvolk zum Bekenntnis einer Schuld gezwungen zu haben, an der es nicht den geringsten Anteil hat, veranstaltete am Sonntag der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände im Reichstag eine machtvolle Kundgebung. Neben dem Reichsanwalt Marx waren fast sämtliche Reichsminister erschienen, und außerdem zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Der Vizepräsident des Reichstages, Geheimrat Dr. Krieger, bezeichnete in seinen einleitenden Worten den nun bereits fünf Jahre zurückliegenden Unterzeichnungsvertrag von Versailles als einen Tag der Entehrung und der Vergewaltigung. Es handele sich überhaupt nicht um einen Friedensvertrag, sondern um eine in der Geschichte der zivilisierten Nationen nicht bekannte Kriegsverlängerung und Friedensverhüttung. Als erster Redner ging Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Kahl von der Deutschen Volkspartei auf den Vertrag von Versailles näher ein. Er bezeichnete ihn als einen Fluch, der auf der ganzen Welt liege. Deutschland wolle Reparationen bis an die Grenze des Möglichen leisten, aber auch Deutschland habe eine Reparationsordnung, nämlich die Wiederherstellung der Verfassung an Freiheit und Ehre durch die Kriegsschuldfrage. Niemand glaube heute mehr daran, daß Deutschland der alleinige Schuldige am Kriege sei. Gegen diese Schuld müsse der Kampf in erster Linie durch die Reichsregierung geführt werden.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Dörsch wies in seiner Rede darauf hin, daß man in dieser Angelegenheit — sei doch die Lage von der deutschen Schuld gewissermaßen das Fundament des deutschen Lebens — nicht auf das berühmte „Weltwissen“ warten könne, das sich wie in der Vergangenheit und Gegenwart, wohl auch in der Zukunft nicht rühren werde. Man müsse sofort an die Regierung die Forderung stellen, die Kriegsschuldfrage amtlich aufzurufen. Die erste Revolutionsregierung habe den kläglichen Mut gefunden, die Kriegsschuldfrage aufzurollen, um das alte Regime zu verdrängen. Jetzt müsse die Kriegsschuldfrage in anderem Sinne aufgerollt werden. Die Bewegung gegen die Schuldfrage werde nicht zur Ruhe kommen, ehe nicht unsere Nation diesen Flecken von ihrer Würde und Ehre losgeworden sei. (Langanhaltender Beifall.)

Für den besetzten Westen, insbesondere für Ruhr-

und Saargebiet sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Osterroth: Die Forderung der Revision des Versailler Vertrages sei eine Forderung, die jetzt in erster Linie die Arbeiterschaft auf ihr Kampfbanner schreiben müsse. Auch sie habe jetzt in dem Ausdruck Hoffmann von Fallersleben: Deutschland, Deutschland über alles, die Quelle der Volkskraft erkennen gelernt.

Reichstagsabgeordneter Dr. Dornburg (Demokrat) behandelte die Schuldfrage in ihrer Wirkung auf die deutschen Kolonien. Wie in zahlreichen anderen Punkten, so sei Deutschland auch durch die Wegnahme seiner Kolonialgebiete betrogen worden, und zwar mit der Angabe, daß das deutsche Volk nicht imstande sei, einen Kolonialbesitz zu verwalten. Der trostlose Anblick, den heute die unter deutscher Verwaltung früher so blühenden überseeischen Gebiete darbieten, bilde eine eigenartige Illustration zu dieser Behauptung. Wenn es den interalliierten Staatsmännern jetzt mit einer Verbesserung der politischen Atmosphäre wirklich ernst sei, dann müßte zum mindesten auch das an Deutschland verhängene koloniale Unrecht wieder gutgemacht und die deutsche koloniale Ehre wiederhergestellt werden, indem sie Deutschland wieder in die Liste der Mandatäre für die Verwaltung der Kolonien aufnehmen.

Reichstagsabgeordnete Frau Clara Menke sprach für die deutsche Frau. Schon das heilige Gedächtnis an die Kriegsgesessenen mache es den deutschen Frauen zur Pflicht, die Jugend zu wahren deutschen Männern und Frauen zu erziehen. Man dürfe nicht von einem 60-Millionen-Volk sprechen, sondern von einem 72-Millionen-Volk, denn die Brüder und Schwestern in den abgetrennten Gebieten und in Oesterreich seien und blieben für alle Zeiten deutsch.

Weitere Redner gedachten Oberschlesiens und seiner Zerreißung durch die Entscheidung des Völkerbundes und der unberechtigten Vergrößerung Dänemarks durch Nord Schleswig. Eine ausführliche Kritik der Frage des Friedensvertrages und der Kriegsschuldfrage aufgerollt wird, und in der Recht und Gerechtigkeit für einen wahren dauerhaften Frieden gefordert werden, fand einstimmig Annahme. Zum Schluß legte für die akademische Jugend der Hochschulen deutscher Mit das Gelöbnis ab, daß die deutsche Jugend trotz innerer Zerreißung unermüdet am Wiederaufbau der deutschen Freiheit arbeiten werde. Mit den Klängen des Deutschland-Liedes schloß dann die würdige Feier.

denker ist. Die deutsche Regierung bringt schließlich zum Ausdruck, daß die Generalinspektion mit allen Mitteln beschleunigt werden soll und bittet, als Schlußtermin für die Generalinspektion den 30. September zu bestimmen. Im einzelnen stellt die Note fest, daß die deutsche Regierung volles Verständnis für den Wunsch habe, die internationale Frage nicht gerade in dem Augenblick zu belasten, wo Aussicht auf eine schnelle Durchführung des Sachverständigengutachtens die Hoffnung aufkommen läßt, daß eine endgültige Regelung der Reparationsfrage und damit zugleich die Grundlage eines allgemeinen und wirklichen Friedens gefunden werden kann. Sie bespricht dann die zunehmende Zahl der Sportorganisationen, weist aber die Auffassung als irrig zurück, daß in Europa dadurch neue bewaffnete Konflikte zu befürchten seien. Diese Organisationen zur körperlichen Erleichterung der deutschen Jugend gehen davon aus, daß die frühere allgemeine Wehrpflicht nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hervorragenden erzieherischen Charakter hatte. Tatsächlich ist, so betont die Note, daß Erziehung der Jugend zur Achtung vor den Gesetzen und zur Disziplin wesentlich durch die allgemeine Wehrpflicht gefördert wird, und manche Erscheinungen der Gegenwart müssen auf das Fehlen dieser militärischen Erziehung zurückgeführt werden. Jedes Volk wird bestrebt sein, sich eine gesunde und körperlich kräftige Jugend heranzubilden. Die große Entwicklung auf sportlichem Gebiete, die in anderen Ländern weit früher als in Deutschland vor sich gegangen ist, hat jetzt auch in Deutschland dazu geführt, daß in der Jugend der sportliche Geist in immer größerem Maße gepflegt wird. Die turnerischen und sportlichen Vereinigungen in Verbindung zu bringen mit militärischen Vorbereitungen Deutschlands ist nicht berechtigt. Das deutsche Volk lehnt den Gedanken an den Krieg ab, und unter allen politischen Faktoren besteht Einigkeit darüber, daß eine heimliche Waffenrüstung als ebenso unmöglich wie nutzlos und gefährlich angesehen ist. Die Reichsregierung hat sich andererseits ernstlich bemüht, die Entwaffnung gewisser politischer Verbände, die mit Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rückstandslos durchzuführen, sobald von einer ernsthaften Bewaffnung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann. Die Note geht alsdann auf die tiefgehende Erbitterung ein, welche gegenwärtig in deutschen Völkern herrscht und die sich in Protesten und Demonstrationen Luft macht. Sie weist auf die Leiden der Nachkriegszeit hin und erklärt, daß diese

Der Wortlaut der deutschen Militärkontrollnote.

Berlin, 30. Juni. Der deutsche Botschafter in Paris ist beauftragt, heute dem Präsidenten der Vorkonferenz die Antwort der deutschen Regierung auf die Militärkontrollnote vom 28. Mai und auf das Schreiben Derriots und Macdonalds vom 24. Juni zu überreichen. Die Note, die über 6 Schreibmaschinenläufe umfaßt, weist in einer eingehenden Darlegung der Stimmung des deutschen Volkes den Gedanken zurück, daß Deutschland irgendwie im Stande wäre, in Europa bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Sie stellt ausdrücklich fest, daß die deutsche Regierung von ihrem in ihren früheren Noten ausführlich dargelegten Standpunkt nicht abgeht, vielmehr diesen Standpunkt aufrecht erhält. Wenn sie daraus ist gleichwohl nicht die praktische Folgerung zieht, so sei der Grund hierfür die inzwischen eingetretene Veränderung der gesamtpolitischen Lage. Unter Feststellung der ausdrücklichen Erklärung der alliierten Regierungen, daß es sich bei der geforderten Generalinspektion um den Abschluß der internationalen Militärkontrolle und um den Übergang zu dem im Artikel 213 des Versailler Vertrages vorgesehenen Verfahren handeln soll, sei daher die deutsche Regierung bereit, die Generalinspektion anzulassen. Die deutsche Regierung lege aber voraus, daß über die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion eine Verständigung gefunden wird, die es ermöglicht, die Kontrolle in einer Weise durchzuführen, die bereits von dem Geist erfüllt ist, der die Bestimmungen der Völker in Zukunft regeln soll, im Geiste der Achtung und des vertrauensvollen Zusammenwirkens, ohne den eine wirkliche Befriedigung dieser Beziehungen un-